

Riefner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Elbeblatt Nr. 20.

Das Riefner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts, der Amtmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkontrollamts Meissen.

Verlagsschrift: Dresden 1926, Elbeblatt Nr. 20.

Nr. 113.

Dienstag, 18. Mai 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig, für drei Monate 6 Mark 50 Pfennig, für sechs Monate 12 Mark 50 Pfennig, für ein Jahr 23 Mark 50 Pfennig. Einzelnummern 10 Pfennig. In der Provinz 12 Pfennig. Zusender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigerabteilung: Riefner, an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger und der Besetzungsanstellungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Sackstr. 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Aktionsfähigkeit des Kabinetts Marx.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Schneller als die parlamentarischen und politischen Kreise glauben, ist das neue Kabinett unter Führung des Zentrumsvorsitzenden Dr. Marx zustande gekommen und vom Reichspräsidenten von Hindenburg bestätigt worden. Aus der Vorgeschichte des neuen Kabinetts ist noch erwähnenswert, daß das Zentrum selbst sich gegen die Kandidatur Marx ausgesprochen hatte, der erst vor kurzem zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war und aus diesem Grunde auch auf das Reichsjustizministerium zugunsten seines Fraktionskollegen Dr. Bell verzichtet sollte. Als der Auftrag zur Kabinettsbildung an Marx in den Zentrumskreisen bekannt wurde, rief ein großer Teil der Zentrumsabgeordneten Dr. Marx bezeichnend ab, daß Amt zu übernehmen, da die Partei als solche wieder vollkommen zurücktreten müßte.

Entgegen diesen Kritikern machte Dr. Marx seine Entscheidung lediglich abhängig von den Jugendschwärmen der Deutschen Volkspartei gegenüber den Plänen der Bildung einer Großen Koalition. Dr. Aebischer, einer der energiegeladesten Parlamentarier, war an der Abgabe der Deutschen Volkspartei, die Zustimmung zur Vereinnahmung der Sozialdemokraten in das Kabinett zu geben, gescheitert. Da das Ziel innerhalb der Zentrumsreihen sich in den letzten Tagen unmerklich geändert hatte, sah Dr. Marx die größten Schwierigkeiten ebenfalls in einer ablehnenden Stellungnahme Dr. Scholz. Dieser hatte noch am Sonnabend eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg, nach der ein gewisser Stimmungsumschwung innerhalb der Deutschen Volkspartei zu verzeichnen ist. Dr. Marx erklärte der Fraktion gegenüber, daß die offiziellen und privaten Versprechungen der vorkabinettlichen Führer genügt, eine Gewähr für ein reibungsloses Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien und Minister zu bieten. Das neue Kabinett hat nach der seiner Befähigung eine Sitzung abgehalten, um sich über die nächsten Schritte hinsichtlich derjenigen Programmpunkte schlüssig zu werden, die in erster Linie zum Sturz des Kabinetts Luther beigetragen haben. Eine Einigkeit bestand bei der Frage, inwieweit die in den Verhandlungen über die Zusammenstellung der Einheitsliste eingetreten werden soll unter möglichster Berücksichtigung der Vorschläge des Reichspräsidenten, der durch den Brief an den Reichspräsidenten Dr. Luther die erste Anregung zu dieser Lösung gegeben hatte. Das Kabinett hofft, auf diese Weise die Frage der Einigung, die der Stein des Anstoßes bei den Demokraten gewesen ist, und auch blieb, nicht mehr in Kraft treten lassen zu müssen. Die Schwierigkeiten, die dem Kabinett weiter entgegen können, wenn das Fühlensabfindungsabkommen der Reichsregierung im Plenum keine Mehrheit erhält, sollen durch neue Verhandlungen mit den Sozialdemokraten beseitigt werden. Von ihrem Ausgang wird der Termin einer Umbildung des Reichskabinetts auf der Grundlage der Großen Koalition abhängen. Selbst bei einem negativen Ausgang des Volksentscheides ist es noch sehr unwahrscheinlich, ob noch vor den Sommerferien das Parlament an die schwierige Aufgabe der Neubildung herangegangen wird. Das Bestreben sowohl des Reichspräsidenten wie auch des jetzigen Kabinetts und seines Letztes geht darauf hinaus, eine Beurlaubung während der Sommermonate möglichst zu vermeiden und weitere Grundlagen für eine Besserung der Wirtschaftslage zu schaffen. Es liegt auf der Hand, daß selbst bei der Bereitwilligkeit der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten, in ein gemeinsames Kabinett einzutreten, sich noch so große Meinungsverschiedenheiten herausstellen werden, die innerhalb weniger Tage nicht behoben werden können. Dr. Marx wird nach Bestätigung seines Kabinetts durch das Parlament die Bildung der Großen Koalition ebenfalls im Auge behalten und den Forderungen der Sozialdemokraten nicht abreißen lassen. Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag werden sich gegenüber dem Kabinett Luther nur insoweit verbessern, als nunmehr auch Aussicht besteht, daß die Sozialdemokraten innerpolitisch in einzelnen Punkten das Kabinett unterstützen werden.

Die Erweiterung des Bötterbundesrats.

Genf, 17. Mai. Der Bötterbund des von dem Redaktionskomitee dem Prüfungsausschuss vorgeschlagen Entwurfs hat in der Uebersetzung folgende Fassung:

1. Die nichtständigen Mitglieder des Rates werden für die Dauer von drei Jahren gewählt. — Sie treten im Juni sofort nach ihrer Wahl an. Jedes Jahr wird ein Drittel der Mitglieder gewählt.

2. Ein ausstehendes Mitglied kann während der ersten Hälfte seines Mandats folgenden drei Jahre nicht wiedergewählt werden, es sei denn, daß die Bundesversammlung bei Ablauf des Mandats, oder im Laufe dieser drei Jahre mit einer Mehrheit von (der Bestandteil ist noch offen gelassen) anders beschließt, jedoch darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht mehr als ein Drittel der Gesamtzahl der im Rate stehenden nichtständigen Mitglieder betragen.

3. Zum Zwecke der Einführung des neuen Systems kann sich der im vorstehenden Absatz vorgesehene Beschluß bei den Wahlen im Jahre 1927 nicht nur auf diejenigen Mitglieder erstrecken, deren Mandat abläuft, sondern auch auf diejenigen, deren Mandat im Jahre 1926 und im Jahre 1927 abläuft.

Morgen Entgegennahme der Regierungserklärung.

Berlin. (Zuspruch.) Nach einem Beschluß des Reichstages am 12. Mai der Reichstagset für 1926 erließet werden. In einer zweiten Sitzung, die eine halbe Stunde nach Schluß der ersten Sitzung beginnen soll, wird die Regierungserklärung entgegengenommen werden und gleich in die Ausprache eingetret werden. Die Abstimmungen über die einbringenden Vertrauens- oder Mißtrauensanträge sollen ebenfalls nach morgen vorgenommen werden und dann in die Flugferien eingetreten werden, die bis einschließlich 2. Juni dauern sollen. Vom 17. bis 18. Juni wird voraussichtlich wegen des Volksentscheides eine Pause in den Plenarverhandlungen eintreten, anßerdem soll bestimmt daran festgehalten werden, am 26. Juni oder spätestens 2. Juli die Sommerferien zu beginnen.

Der Reichszustizminister Dr. Marx.

empfang gestern im Laufe des Nachmittags einzeln die Parteiführer sämtlicher Reichstagsparteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Volkslisten. Gegenstand der Besprechungen war die Vorbereitung der Regierungserklärung, die voraussichtlich am Mittwoch in der Reichstagsitzung abgegeben werden wird.

Die Sitzung des Reichstages des Reichstages, in der der Zeitpunkt der Abgabe der Regierungserklärung festgesetzt werden wird, dürfte heute mittags vor der Plenarsitzung stattfinden.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer heutigen Fraktionssitzung entgegen anders lautenden Nachrichten festgehalten, daß bei der Regierungsbildung ihr keinerlei Bedingungen gestellt worden sind.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages sagte die vorgesehene Sitzung ab, ebenso die Sitzung des Fraktionsvorstandes.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschloß ihre Haltung von der Regierungserklärung abhängig zu machen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm in ihrer Sitzung am Montag abends den Bericht des Abg. Müller-Franken über seine Besprechungen mit dem Reichszustizminister Dr. Marx entgegen und erörterte die zu erwartende Regierungserklärung. Beschlüsse hinsichtlich der Haltung der Fraktion wurden noch nicht gefaßt, da Rückfragen noch erforderlich sind. Die Fraktion wird in einer neuen Sitzung am Dienstag ihre Entscheidung treffen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm ebenfalls den Bericht des Abg. Dr. Scholz entgegen, ohne Beschlüsse zu fassen. Sie sprach sich für den dänischen Handelsvertrag aus und bestimmte als Redner für das deutsch-französische Zusatzabkommen den Abg. v. Kaumer.

Die Parteipresse zum Kanzlerwechsel.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Daß dieser Ausgang der Krise mehr als unbefriedigend ist, braucht kaum gesagt zu werden. Es ist bedauerlich, daß die demokratischen Krisenmacher in der Regierungskoalition verbleiben. Noch bedauerlicher, daß auch nach der letzten Erfahrung mit den Demokraten und überdies angelichts der Gesamtstellung der Sozialdemokratie in Grund-

- 1. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann die Bundesversammlung jederzeit mit zwei Dritteln Mehrheit beschließen, daß in Anwendung des Artikels 4 der Satzung zu einer Neuwahl aller nichtständigen Mitglieder des Rates geschritten wird. In einem solchen Falle ist es Sache der Bundesversammlung, die für diese Neuwahl geltenden Regeln festzusetzen.
- 2. Die Zahl der gewählten Mitglieder wird auf neun erhöht.
- 3. Damit das vorstehende System in Kraft treten kann, werden in der nächsten Bundesversammlung so schnell als möglich neun Mitglieder gewählt. Drei von ihnen werden für eine Dauer von drei Jahren, drei für die Dauer von zwei Jahren, und drei für die Dauer eines Jahres gewählt.

Die Abstimmung über den neuen Verfassungsentwurf.
Genf, 17. Mai. Bei der Einzelberatung der 5. Abschnitte des Entwurfs des Redaktionskomitees erklärte der brasilianische Delegierte Montarroyos, daß er den Grundgesetz, daß die neugewählten Ratsmitglieder für Amt sofort einnehmen, nicht annehmen könne, empfiehl sich aber bei der Abstimmung, wie auch Uruguay, Argentinien und Spanien der Stimme, so daß Präsident Motta feststellen konnte, daß Abschnitt 1 des Entwurfs mit 11 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen einstimmig angenommen ist.

Abschluß der ersten Tagung des Prüfungsausschusses.
Genf, 17. Mai. Der Prüfungsausschuss hat heute abend nach einer langwierigen Diskussion über die Forderungen Uruguay und Chinas aus grundsätzliche Zuteilung von drei nichtständigen Ratsitzen an Südamerika und zwei nichtständigen Ratsitzen an Asien und Länder, die nicht zum europäischen bzw. amerikanischen Kontinent gehören, seine erste Tagung abgeschlossen und den vom Präsidenten Motta vorgelegten Bericht nach einigen Abänderungen einstimmig angenommen.

fragen des ganzen Staatslebens das Zentrum offensichtlich befristet bleibt, einer Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts erste Schwierigkeiten zu bereiten.

Die „Tägliche Rundschau“ legt sich bei Erörterung des bekannten Kommunitars teilsweise auf die Große Koalition fest, schreibt aber doch recht scharf gegen die Deutschnationalen wie folgt: Wenn ein deutlicher Strich gegenüber den Deutschnationalen gezogen worden ist, so ist das die Konsequenz der bisher von der Deutschnationalen Partei in außenpolitischen Fragen eingenommenen Haltung und formell die Konsequenz, die sich aus der Haltung der deutschnationalen Fraktion bei der Abstimmung über die Mißtrauensvoten ergibt.

Die „Germania“ sagt: Der Entschluß, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen, ist Dr. Marx und der Zentrumsfraktion nicht leicht gefallen, aber die Erwägung, daß die Lage des Reiches eine schleunige Erledigung der Regierungskrise verlangt, und die am Sonntag erfolgte Erklärung des Verhältnisses zur Deutschen Volkspartei haben die Fraktion schließlich bestimmt, ihren Fraktionschef für das Reichsfinanzministerium freizugeben.

Die „Börsliche Zeitung“ meint: Die Regierung Marx ist von vornherein nach links orientiert. Sie betrachtet sich als Übergangskabinett, dessen wichtigste Aufgabe es ist, die Hindernisse auf dem Wege zu räumen, die sich im Augenblick einer Bildung der Großen Koalition in den Weg stellen: Sie will die Vorbedingungen für das Zustandekommen jener letzten Mehrheit im Reichstage schaffen, in der sich die gegenwärtigen Koalitionsparteien mit den Sozialdemokraten zusammenschließen sollen. Darin liegt die politische Bedeutung des Kanzlerwechsels.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: Marx wird wohl selbst sein Kabinett als eine Übergangsregierung ansehen. Die Wendung bringt zweifellos der Volksscheid über die Parteientteilung am 20. Juni. Die Konsequenz aus dieser Volksabstimmung ziehen kann — gleich, ob sie ja oder nein lautet — nur eine Regierung, die fest auf den Fühen steht.

Der „Vorwärts“ erklärt: Reichlich würde es, daß der Mann, der unter den schwarzrotgoldenen Farben um den Sieg im Kampfe um die Reichspräsidentenschaft gekämpft hat, daß der Reichsbannermann im Kabinett passiv blieb, als die Flaggenverordnung zur Diskussion stand. Darum kommt man nicht herum, und das gerade jetzt offen auszusprechen, ist notwendig. Von Marx als Reichszustizminister erwarten wir nicht nur republikanische Bestimmung, sondern auch etwas mehr republikanische Energie. Wenn durch die Ereignisse der letzten Zeit überhaupt etwas Wesentliches gewonnen ist, so kann es die Erkenntnis sein, daß der Kampf zwischen rechts und links zur Entscheidung drängt. Die Umbildung des Kabinetts bedeutet nur eine Aufschiebung dieser Entscheidung. Die Mitte kann nicht führen, sie kann nur balancieren, und sie läßt wegen ihrer eigenen inneren Zerissenheit auch in diesem Kampfe jede Gefährlichkeit vermessen. Die Entscheidung steht zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten. Sie wird dem Volksentscheid fallen und durch die nächsten Reichstagswahlen bestätigt werden. Das Kabinett Marx kann also nur ein Übergangskabinett sein, und wohin die Reize weiter geht, das wird das Volk selbst entscheiden.

Beginn der Abrüstungskonferenz.

Genf. (Zuspruch.) Die erste Tagung des Vorbereitungs-ausschusses für die Abrüstungskonferenz ist heute vormittag um 11 Uhr in öffentlicher Sitzung zusammengetreten. In dem Ausschuss sind 20 Staaten mit ungefähr 100 Delegierten und Sachverständigen vertreten. Die Presse aller Länder ist stärker vertreten als in der vergangenen Woche. Der Ausschuss wählte zum Präsidenten Lorden-Bohann, zum ersten Vizepräsidenten Cobian-Spanien und zum zweiten Vizepräsidenten Suarez-Uruquan.

Dr. Spieler Staatssekretär.

Genf. (Zuspruch.) Die erste Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz ist heute vormittag um 11 Uhr in öffentlicher Sitzung zusammengetreten. In dem Ausschuss sind 20 Staaten mit ungefähr 100 Delegierten und Sachverständigen vertreten. Die Presse aller Länder ist stärker vertreten als in der vergangenen Woche. Der Ausschuss wählte zum Präsidenten Lorden-Bohann, zum ersten Vizepräsidenten Cobian-Spanien und zum zweiten Vizepräsidenten Suarez-Uruquan.

Genf. (Zuspruch.) Die erste Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz ist heute vormittag um 11 Uhr in öffentlicher Sitzung zusammengetreten. In dem Ausschuss sind 20 Staaten mit ungefähr 100 Delegierten und Sachverständigen vertreten. Die Presse aller Länder ist stärker vertreten als in der vergangenen Woche. Der Ausschuss wählte zum Präsidenten Lorden-Bohann, zum ersten Vizepräsidenten Cobian-Spanien und zum zweiten Vizepräsidenten Suarez-Uruquan.

